Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 3

Artikel: Moskau und Peking nach Nixons China-Besuch
Autor: Korab, Alexander
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162746

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ties with the West. We must recognize not only the problems that Japan raises but the contribution it can make to all of us, provided only we broaden our conception of working relations within the community of industrialized nations.

All this will require imagination and a certain audacity, the willingness to break old molds and create new institutions, the kind of realism and statesmanship on the grand scale which the world still associates with Sir Winston Churchill.

Sechste Winston-Churchill-Gedenkvorlesung, gehalten an der Universität Zürich, 2. Februar 1972 (leicht gekürzte Fassung).

ALEXANDER KORAB

Moskau und Peking nach Nixons China-Besuch

Gesteigerte Rivalität

Seit dem China-Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon hat sich der sowjetisch-chinesische Konflikt verschärft. Die gegenseitige Polemik verläuft nicht mehr so eindeutig wie früher auf der ideologischen Bahn, sondern erfasst andere Gebiete. Das hängt vermutlich mit der Rückkehr Chinas in die internationale Arena zusammen und ist Ausdruck der Verärgerung Moskaus darüber, dass es Peking gelungen ist, die objektive und subjektive Isolierung zu durchbrechen. Im Vordergrund steht immer noch die Auseinandersetzung mit der These, dass durch die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China sich die Weltlage verändert habe. Sowjetische Kommentatoren lehnen diesen Standpunkt ab und versuchen, entgegen der übereinstimmenden Meinung ausserhalb des Ostblocks auf der These zu verharren, dass es nach wie vor ein bipolares Sonderverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion als zwei Supermächten gäbe und dass der spektakuläre Besuch Nixons in China diese Realität in keiner Weise verändert habe.

Die offizielle sowjetische Reaktion auf den China-Besuch Nixons pendelte zwischen gespielter Gelassenheit und deutlicher Nervosität. Sie gipfelte in der Behauptung, dass durch die Abmachungen mit Washington die «Pekinger Führer mit den wichtigsten Prinzipien der Aussenpolitik eines sozialistischen Staates gebrochen haben». Mit erhobenem Zeigefinger erklärten sowjetische Ideologen, dass Peking die klassenmässigen Kriterien über die internationalen Probleme eingebüsst habe. Das chinesisch-amerikanische Schlusskommuniqué habe ausserdem «die Gemeinsamkeit der hegemonistischen Bestrebungen» deutlich gemacht. Konzentrierten sich bisher die sowjetischen Attacken fast ausschliesslich auf die Person Mao Tsetungs, so wurde seit dem Nixon-Besuch die Kampagne auf Tschu En-lai ausgedehnt. Allmählich hat sich in Moskau offenbar die Ansicht durchgesetzt, man müsse Angriffe auf die schwache Stelle in den neuen Sonderbeziehungen zwischen Washington und Peking konzentrieren: auf Vietnam. Die Chinesen wurden eines Komplotts gegen die Interessen der nordvietnamesischen Kommunisten und der Vietcongs in Südvietnam beschuldigt. Dies ist auch die Begleitmusik zu den Anklagen, die gegen die Vereinigten Staaten seit der Wiederaufnahme der Bombardierungen Nordvietnams erhoben werden. Durch Waffenlieferungen und lautstarke Solidaritätskundgebungen mit den Kommunisten in Hanoi hat die Sowjetunion ihre Position verbessert und China überrundet. Die chinesischen Gegenerklärungen sind ein Beweis dafür, dass es Peking nicht leichtfällt, die sowjetischen Beschuldigungen zu entkräften.

Vasallentreue der Ostblockstaaten

Neu in der Auseinandersetzung ist die Komponente des Ostblocks. Die Sowjetunion hat es durchgesetzt, dass ihre Bundesgenossen – mit Ausnahme Rumäniens – eine solidarische Front gegen China gebildet haben. Prag, Sofia und Budapest lagen schon früher auf dieser Linie, die Veränderung betrifft deshalb hauptsächlich Ostberlin und Warschau.

Unter der Führung Ulbrichts hielt sich das kommunistische Deutschland einigermassen fern von der sowjetisch-chinesischen Konfrontation. Das galt noch mehr für das Gomulka-Polen, das jahrelang eine mehr oder weniger neutrale Haltung einnahm. Unter Gierek hat sich die Situation genauso gründlich verändert wie in der SED unter Honecker. In allen Ostblockstaaten – allerdings unter Ausschluss der rumänischen Dissidenten, die sich nach wie vor weigern, die pro-chinesischen Positionen aufzugeben – ist der antichinesische Kurs obligatorisch. China hat sowohl in der Sowjetunion als auch in den Satellitenstaaten sozusagen stellvertretend für die Bundesrepublik die Rolle des Buh-Manns zugewiesen bekommen.

So hat die Ostblockpropaganda, für die seit den Ostverträgen Bonns durch den Verzicht auf die ständige Behandlung des «deutschen Revanchismus» ein Vakuum entstand, nunmehr eine Ersatzlösung gefunden. Es ist allerdings fraglich, ob dieser Ausweg sich politisch als irgendwie wirksam erweist. Die Beschwörung der deutschen Gefahr war in den tragischen Erlebnissen mit der Besatzungspolitik des nationalsozialistischen Deutschland einigermassen fest verankert, hingegen fehlt der Verlagerung des Hasskomplexes auf China jeder theoretische und praktische Bezug. Mit Ausnahme der Russen, die durch ihre sibirischen Besitzungen seit langem in einer Konfliktsituation mit China leben, gibt es kein einziges osteuropäisches Volk, das einen Grund hätte, China zu hassen oder zu fürchten. So kann es bei dem jetzigen Druck Moskaus, wodurch die Osteuropäer gegen jegliche Logik eine gemeinsame anti-chinesische Front halten müssen, zu umgekehrten Folgen kommen, als sich das der Kreml wünscht. Manches deutet darauf hin, dass die Zahl der Osteuropäer wächst, die nach dem Grundsatz «Feinde unserer Unterdrücker sind unsere Freunde» denken und den anti-chinesischen Zwangskurs der Partei- und Staatsführungen mit Unbehagen verfolgen.

Kolonialismus und Minoritäten-Politik

China hat auf den sowjetischen Vorwurf, dass es gemeinsam mit den Vereinigten Staaten eine hegemonistische Zielsetzung verfolge, mit den gleichen Waffen geantwortet. Da die globale sowjetische Politik genug Angriffsflächen bietet, fällt es den Chinesen nicht schwer, den Gegner blosszustellen. So hat Peking bald mit Entschiedenheit die sowjetischen Unterstellungen von sich gewiesen und seinerseits die Anklage erhoben, dass die Sowjetunion eine Herrschaft zur See im Schwarzen Meer, im Mittelmeer, im Roten Meer, auf dem Indischen Ozean, im Westpazifik und im Japanischen Meer anstrebe. Darauf folgte die auf die Mittelmeer-Politik Moskaus konzentrierte Attacke. Der Kreml wird darin beschuldigt, er verfolge eine imperialistische und kolonialistische Taktik gegenüber den Anrainer-Staaten des Mittelmeers. Diese richte sich gegen die Interessen Frankreichs, Italiens, Maltas, Jugoslawiens, Libyens, Marokkos, Tunesiens und Algeriens. Dagegen hat Moskau erklärt, dass die «Pekinger Propagandisten das nachplappern, was sich die Imperialisten von wegen einer sowjetischen Expansion zur See aus den Fingern gesogen haben und damit den Aggressionskräften der USA bei ihren globalen Strategiegelüsten Schützenhilfe leisten».

In der Sowjetunion hat man indessen eine schwache Stelle Chinas entdeckt: die nicht-chinesischen Minoritäten im Roten Reich der Mitte. Seit

Wochen schiesst man in Moskau aus allen Rohren gegen den «grosschinesischen Chauvinismus» und versucht nachzuweisen, dass die in China lebenden Völkerschaften ihrer nationalen Eigenart, ihrer legitimen Rechte und praktisch ihrer angestammten Heimat beraubt werden.

Die Ukrainer: mit Pekings Hilfe «los-von-Moskau»?

In diesem Zusammenhang hat Moskau ein heikles Problem angesprochen, das bisher delikat verschwiegen wurde. Es bezieht sich auf die Vorfälle, die von einem Interesse Chinas an dem neuralgischen Punkt im Völkerstaat der Sowjetunion – an der Ukraine – zeugen. Offenbar auf einen Wink aus Moskau hin wurden in der Hauptstadt der Ukraine, in Kiew, heftige Anklagen gegen Peking erhoben, wonach dieses den ukrainischen Nationalismus unter dem Motto «Los-von-Moskau» aufstachle und mit den ukrainischen Nationalisten zusammenarbeite, die in Westeuropa, in den USA und in Kanada leben. Zunächst hat das offizielle Organ des Zentralkomitees der ukrainischen Kommunisten, «Radjanska Ukraina», den Angriff gestartet. In einem langen Aufsatz wurde dagegen protestiert, dass China die Sowjetunion als eine Kolonialmacht hinstellt, und ihr die Anwendung der Politik eines nach aussen und nach innen gerichteten Kolonialismus vorhält. Das sei äusserst verwerflich, denn Peking betreibe selbst eine Grossmachtpolitik und versuche gleichzeitig von irgendwelchen unterjochten Völkern in der Sowjetunion zu sprechen und unter den Sowjetbürgern einen Nationalismus zu entfachen. Das Kiewer Parteiblatt verurteilte auch den Umstand, dass China in ukrainischen Radiosendungen vom sowjetischen Kolonialismus spricht. Offenbar sind damit jene fahrbaren Rundfunksender gemeint, die Peking an den Grenzen zur Sowjetunion verwendet und die anti-sowjetische Propaganda für die dort massierten Truppen der Roten Armee in verschiedenen Sprachen der Völker der Sowjetunion ausstrahlen. Diese Sendungen können nur in einem begrenzten Radius gehört werden.

Peking ist, wie bereits erwähnt, auch vorgeworfen worden, dass es mit den ukrainischen Nationalisten im Ausland zusammenarbeite. Die Vertreter Chinas hätten 1970 eine grosse Zahl der anti-sowjetischen ukrainischen Publikationen, die im Westen erschienen sind, eingekauft, darunter das Buch «Russischer Kolonialismus in der Ukraine». Erwähnt wird die Bildung einer «Ukrainischen Gesellschaft zum Studium der Probleme Asiens», die ein pro-chinesisches Bulletin herausgibt, wie auch die Errichtung einer Kontaktstelle für die Beziehungen zwischen den Auslandsukrainern und den Chinesen in New York. Im letzten Oktober habe ein

Abgesandter der erwähnten Gesellschaft China einen Besuch abgestattet. Die gegenseitige Affinität beruhe darauf, dass die Auslandsukrainer Peking Munition für den ideologischen und propagandistischen Kampf gegen Moskau liefern und Erklärungen abgeben würden, die auf die Lostrennung Sibiriens von Sowjetrussland und auf die Loslösung der Ukraine von der Sowjetunion abzielten.

Diesem Angriff schloss sich dann eine zweite Attacke im Gewerkschaftsorgan «Robitnytscha Haseta» an, worin die Argumentation komplexer geführt wird. Das Blatt sieht den ukrainischen Faktor in der Politik Chinas in grösseren Zusammenhängen, im Kontext mit der Umkehrung der chinesischen Politik generell und mit dem Nixon-Besuch in China partiell, von dem sich überall die anti-sowjetischen Kräfte viel versprechen. Aus diesem Grunde habe die chinesische «Grossmachtpolitik» ihr Liebäugeln mit dem ukrainischen Nationalismus intensiviert. Für Mao sei das aus dem Grund attraktiv, weil bereits im Jahre 1918 in Chabarowsk der Entschluss gefasst worden sei, eine ukrainische Exklave in den Bezirken Ussuri, Amur, Transbaikalien und in den Küstengebieten zu bilden. Es handelt sich um ein Gebiet, das mit den vom zaristischen und stalinistischen Regime deportierten Ukrainern besiedelt ist.

Motivation der Moskauer Attacke

Wohl zur Abschreckung vor China hat diese Zeitung ein einseitiges Bild von den Zuständen in China gemalt. Es behauptet, dass alle gewählten konstitutionellen Institutionen verjagt worden seien, dass das Leben der Bevölkerung militarisiert sei und dass China sich in eine gigantische Kaserne verwandelt habe. Die herrschende Mao Tse-tung-Gruppe habe kein positives Programm für die Wirtschaft entwickelt. Die ökonomische Politik der Maoisten beweise, dass diese unfähig seien, die elementarsten Bedürfnisse der Menschen zu stillen. Der Staat habe sich von dieser Sorge völlig befreit. Die militärisch-bürokratische Diktatur arbeite konsequent für die Militarisierung des Landes, und aus der Bevölkerung würden sämtliche Kosten für die forcierte Schaffung des Raketen- und Nuklearwaffenpotentials herausgepresst. In düsteren Farben wird der chinesische «asketische Sozialismus» geschildert, der sich auf «Krieg und Hunger» vorbereite.

Mit diesen Artikeln wurde das heikle Thema des chinesischen Interesses für das zweitgrösste Volk in der Sowjetunion zum erstenmal öffentlich angesprochen. Sicherlich geschah das auf Befehl Moskaus. Trotzdem bleiben die Motive unklar. Hypothetisch lässt sich zweierlei vermuten: Entweder ist diese Frage bereits derart akut geworden, dass man darüber nicht mehr

schweigen konnte und sich entschloss, zu einem frontalen Angriff gegen die Chinafreundlichkeit bestimmter Kreise überzugehen. In diesem Fall könnte man von einer prophylaktischen Aktion sprechen. Der massive und grollende Ton der beiden Presseangriffe stempelt jedes Liebäugeln mit China zu einem Staatsverbrechen. Jedermann soll sich offenbar bewusst werden, dass etwas derartiges einem Hochverrat gleichkommt. Damit soll höchst suggestiv ein Abschreckungsdamm gegen pro-chinesische Strömungen errichtet werden. – Aber ebensogut kann dahinter ein anderer Plan stecken: der Versuch, die Verfolgung von oppositionellen Intellektuellen und Studenten, von denen ein Teil im Januar verhaftet wurde, irgendwie mit der «chinesischen Krankheit» in Verbindung zu setzen. Ob das zutrifft, wird man aus den politischen Prozessen, die offenbar in der Sowjetukraine vorbereitet werden, herauslesen können.

FRITZ EBNER

Die Schweiz vor der Einführung einer «Mehrwertsteuer»?

Finanzpolitische Perspektiven

In seinem «Bericht an die Bundesversammlung über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971 bis 1975» vom 13. März 1972 entwirft der Bundesrat ein *düsteres Bild von der künftigen Entwicklung der Bundesfinanzen.* Ab 1973 müsse mit einer zunehmenden Anspannung im Bundeshaushalt gerechnet werden. Der zusammen mit dem Voranschlag 1972 präsentierte Finanzplan weist für 1973 einen Ausgabenüberschuss von 511 Mio. Franken und für 1974 einen solchen von 578 Mio. Franken aus. In den nachfolgenden Budgetperioden seien, so legt der Bundesrat dar, Fehlbeträge in der Grössenordnung von 1 Mia. Franken jährlich zu erwarten. Dabei ist die Verminderung der Zolleinnahmen, welche im Fall der Herstellung einer Freihandelszone für industrielle Erzeugnisse mit der EWG zu verzeichnen sein wird und nach abgeschlos-